



Kurzprotokoll der Jahrestagung am 01. und 02. Februar 2013

Ökonomische und politische Krise in Europa

Chancen für ein soziales und demokratisches Europa

Vorbemerkung

Dieses Kurzprotokoll¹ dient dem schnellen Überblick. Ein Tagungsreader mit Beiträgen der Jahrestagung, aktuellen Zahlen und Hintergrundtexten erscheint auf der website: www.fnpa.eu im Sommer 2013.

1 Begrüßung

Dieter Scholz eröffnet die Tagung, dankt Spendern, die sie mit ermöglicht haben (DGB LB Berlin-Brandenburg, DGB Bildungswerk, IGM Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen, ver.di Bundesvorstand) und hebt ihre Verknüpfung mit der Feier zum 70. Geburtstag von Frieder O. Wolf hervor.

Olivier Hoebel führt dann kurz in das Tagungsprogramm ein. Es gebe allen Anlass für das Thema. So zitiert die Süddeutsche Zeitung vom 9. Januar 2013 den Sozialbericht des EU-Kommissars für Arbeit und Soziales László Andor: In den vergangenen zwei Jahrzehnten waren noch nie so viele EU Bürger arbeitslos wie 2012. In der Eurozone sind es zur Zeit 19 Mio. (Euro 17) und insgesamt 26 Mio. in der EU (Euro 27).

Der Norden Europas steige auf, der Süden versinke in Armut und Arbeitslosigkeit. In Spanien sei etwa jeder zweite Jugendliche arbeitslos. Das BIP sinke dort um ca. 8-10%, in Griechenland um 17%. Zugleich wachse die Spaltung der Gesellschaft. In der EU setze man gleichwohl weiter auf die Logik von Brüning und Merkel. Wie die Forderung des DGB nach einem „Marshallplan für Europa“ oder der Aufruf „Europa neu begründen“ ziele die Tagung auf die Frage nach Widersprüchen und Brüchen der aktuellen Entwicklung und nach Alternativen.

¹ Dr. Helmut Martens, P. Paust-Lassen

2 Vorträge und Diskussionen des ersten Tages

Prof. Dr. Frieder O. Wolf: will mit seinem Vortrag „**Logiken und Brüche in der europäischen Politik, politische Trends in Europa: Entdemokratisierung und Spaltung. Welche Reaktionen sind zu beobachten?**“ den Blick auf die Hintergründe der Krisenentwicklung lenken. Ergänzend zum Foliensatz (mit weiteren Thesen zu Binnendifferenzierungen nach Ländergruppen innerhalb der EU, zur EU-Außenpolitik, zu globalen Perspektiven usw.) seien an dieser Stelle einige markante Punkte festgehalten:

- *Griechenland* sei als Exempel ernst zu nehmen: Am Anfang die neoliberale Illusion, die den Weg in die Verschuldung ebnete dann die Verschuldung, die unhaltbar wurde, nun die Ausplünderung des griechischen Volkes, die die produktive Basis der Gesellschaft ruiniert, also kontraproduktive Austeritätspolitik. Der Sinn der Übung sei zu demonstrieren, dass es nicht möglich ist, sich dagegen aufzulehnen. Einmal mehr finde TINA-Politik statt. Es gelte, Griechenland vor seinen Rettern zu retten.
- Die *Politik in Europa* sei kurzatmiges Krisenmanagement: vom Deregulierungswahn zur radikalen Liberalisierung, die mit neuen Regelungen zusammengehe.
- Was den *deutsch-französischen Integrationsmotor* anbelange, so gebe Merkel die wesentlichen Entscheidungen als europäischer Hegemon unter maßgeblicher Berücksichtigung der kurzfristigen Interessen der deutschen Finanzwirtschaft und der deutschen Industrie vor. Die französische Seite müsse sich dazu verhalten. Für Cameron stelle sich angesichts der Politik von Merkel sehr nachvollziehbar die Frage nach einer „negativen EU-Strategie“.
- *Die Lage der EU nach 30 Jahren neoliberaler Politik* sei gekennzeichnet durch: (1) einen deregulierten Binnenmarkt; (2) dadurch, dass ein „neutrales“ Europa massiv in Frage steht, (3) durch osteuropäische Staaten, die nach der Big-Bang-Erweiterung der EU alle mit unterschiedlichen Konstellationen konfrontiert seien; (4) eine Weltmarktöffnung, die als Globalisierungsverstärker funktioniere; (5) mit Tendenzen zu einer Renationalisierung in Gestalt einer „Verministerratlichung“ – also nicht als Abschottung einzelner Staaten sondern als Verlagerung der Entscheidungen in den Ministerrat.
- Wir seien mit globalen Krisen konfrontiert: (1) mit der ökologischen Krise der Menschheit (Anthropozän), (2) Herrschaftskrisen innerhalb der Menschheit, (3) einer akuten ökonomischen Krise, (4) der Staatsverschuldung, (5) der Krise des Euro ...
- Insgesamt bestimmten *bornierte Perspektiven der herrschenden Eliten* die Austeritätspolitik. Kennzeichnend seien: (1) Herrschaft des Finanzkapitals, (2) institutionelle Beschränkungen auf den Zeithorizont von Wahlperioden, (3) Medien zwischen „Infotainment“ und (äußerst schmaler) Expertise.
- *Die herrschende Logik* sei damit: „too littel and too late“. Aus ihr heraus stelle sich die Frage: mehr oder weniger Europa. Die *reale Alternative* dagegen müsse lauten: Relativierung des Wachstums, Ausbau des

öffentlichen Sektors, Einleitung eines ökosozialen Umbau usw. Damit stelle sich aber auch die Frage nach strategischen Ansatzpunkten für europäische Solidarität und nach den Subjekten für Veränderungen.

Dr. Eric Seils (WSI), der kurzfristig für Prof. Dr. Brigitte Unger eingesprungen ist, schließt einen Vortrag über **„Sozialstaatswandel in Europa und Fiskalintegration“** an. Vor dem Hintergrund der „Schuldenkrise“ und der langjährigen Entwicklung der Sozialpolitik in 18 EU-Staaten, fragt er nach Ursachen der Entwicklung und nach Handlungsmöglichkeiten.

- Er präsentiert Statistiken zu (1) der Entwicklung der Arbeitslosenversicherung (mit gesunkenen Anspruchsniveaus seit 1990). (2) dem Renteneintrittsalter (mit Anstiegen von etwas unter 63 Jahre auf 65 Jahre, bei Frauen von 60-62 auf gut 64 Jahre), sowie (3) zur Kinderbetreuung (mit demgegenüber positiven Entwicklungstrends). Es zeige sich: Die *Sozialpolitik in den Staaten der EU* sei seit dem Ende der 1980er Jahre weitgehend der Wirtschaftspolitik nachgeordnet. Soziale Sicherungen würden abgebaut. Es fände ein „*race to the bottom*“ statt.
- In Bezug auf die Rolle der Fiskalpolitik in diesem Prozess zeige sich: Es handele sich hier um einen OECD-weiten Prozess, in dem die EU eine verstärkende Rolle spiele.
- Angesprochen wurden noch: Aspekte der EU-Integration vor dem Hintergrund je nationaler Sozial- und Wirtschaftspolitiken sowie Liberalisierungsschritte seit den 1980er Jahren (u. a. vor dem Hintergrund von: einheitlicher europäischer Akte, EUGH - Rechtsprechung, Maastricht)
- Die vorsichtigen Schlussfolgerungen lauten: (1) Die EU sei nicht für alle negativen sozialpolitischen Entwicklungen in den Mitgliedsstaaten verantwortlich. (2) Sie sei allerdings ein Treiber dieser negativen Entwicklungstrends. (3) Vor diesem Hintergrund sei die realistischste Perspektive die der nationalstaatlichen Verteidigung des Sozialstaates gegen weiteren Druck seitens der EU.

Diskussion:

- Von der Realwirtschaft her betrachtet sei angesichts des enormen *realwirtschaftlichen Produktivitätsgefälles in der EU* zu fragen, ob man hier überhaupt aussichtsreich eine Währungsunion habe etablieren können. Gegen dieses Argument gibt es heftige Einwände: Da seien die Gefälle in den USA viel größer. Unter diesem Blickwinkel könnten auch Finnland oder Spanien keine einheitlichen Wirtschaftsräume sein und hätte die deutsche Einheit nie herbeigeführt werden dürfen. Unterschiede in einem Währungsraum könnten immer durch Transfer ausgeglichen werden, oder durch Entmachtung der Finanzwirtschaft. Das Argument sei also sehr problematisch. Für Osteuropa, so ein weiteres Argument, stimme das Argument des Produktivitätsgefälles nicht. Dort gäbe es Hightech zu

Billiglöhnen. Richtig sei, dass man über die Realwirtschaft, einschließlich des Dienstleistungsbereichs, reden müsse.

- Die je national erreichten Sozialleistungen seien über konfliktreiche Entwicklungen hinweg erreichte Errungenschaften. Die seien im Zuge der neoliberalen Hegemonie (in den USA seit 1980ff) abgebaut worden. In Europa werde die EU für solchen Sozialstaatsabbau funktionalisiert. Analysen zu Griechenland zeigten, dass es die dort angeblich wuchernden Sozialleistungen nie gegeben habe, bzw. nur für kleine Segmente, v. a. im Bereich der Banken. Heute müsse es innerhalb der EU um soziale Mindestnormen gehen, für die man kämpfen müsse. Generell müsse gelten: (1) Ein Weg zurück zu schwankenden Währungen ist kein linkes Projekt. (2) Man muss über die Lage der Menschen reden.
- Zu der ökologische Krise sei zu sagen: wenn man das zuspitze, dann werde die Finanzkrise plötzlich marginal. – Anthropozän bedeute ja, dass wir Menschen seit 200 Jahren dabei seien durch diese Art von Wachstum den Planeten im Sinne eines geologischen Einschnitts umzugestalten. Die Frage sei, ob wir dieses Problem eigentlich begriffen hätten.
- Zu den Schlussfolgerungen von E. Seils wird in mehreren Diskussionsbeiträgen Kritik eingewandt: (1) Die Verteidigung nationaler Sozialstaatlichkeit eröffne doch keine Perspektive. (2) Eine Perspektive könne sich nur durch den Kampf für eine Sozialunion ergeben. (3) Hartz IV, das jetzt den EU-Nachbarn als Vorbild angeboten werde, sei nicht nur sozialpolitisch, sondern v. a. lohnpolitisch bedeutsam gewesen. Seine lohnsenkende Funktion sei evident. Dagegen könne man aber doch nicht nationalstaatlich den Sozialstaat verteidigen.

In den **Abschlussstatements** räumt **E. Seils** ein, dass er die Begrenztheit seines Vorschlags nationaler Verteidigung von Sozialstaatlichkeit sehr wohl sehe. **F.O. Wolf** akzentuiert noch einmal einige Aspekte linker Analyse und Perspektivsuche: (1) Angesichts des Produktivitätsgefälles in der EU stelle sich auch die Frage nach einer industriepolitische Strategie. Die EU habe die nicht gehabt. (2) Man dürfe die Teilung Europas nicht vorwegnehmen, müsse vielmehr Übergangsstrategien dagegen entwickeln. (3) Es gehe nicht um mehr oder weniger Europa, sondern um ein anderes Europa, aber dies sei natürlich eine langfristige Debatte. (4) Unsere politischen Eliten lernten und agierten derzeit auf dem kleinst möglichen Level.

3 Dr. Steffen Lehdorff - Einführung in die Arbeitsgruppenphase:

Die Kernfrage sei, was sich über die Chancen sozialer Bewegungen in den Ländern der EU sagen lasse. Nur von dort könne Veränderung ausgehen. Die EU-Kommission habe zwar Eigengewicht, aber nur das, das ihr von den mächtigsten Mitgliedsstaaten verliehen sei. Die einzelnen Staaten seien wirtschaftlich und politisch verkettet, und auf der Ebene der EU fehlten demokratische Strukturen

weitgehend. Zugleich drifteten die einzelnen Staaten auseinander. Das wiederum ermögliche es, sie gegeneinander auszuspielen.

Vor diesem Hintergrund spiele *Deutschland* die Rolle des Hegemon in der Eurozone (Sorros-Interview im Spiegel). Also liege in Deutschland der Schlüssel für Lösungen. An zweiter Stelle sei *Frankreich* zu nennen, das als einziges Land die Chance zu einem Gegengewicht habe. In den ersten Wochen nach der Wahl dort, habe die Hoffnung bestanden, dass es das zur Geltung bringen könne. Offensichtlich sei diese Hoffnung nicht aufgegangen. *Italien* und *Spanien* hätten ein gewisses Erpressungspotential, weil es den Euro nur mit ihnen geben könne. *Griechenland* mit einem ökonomischen Gewicht wie das Saarland oder Bremen in der BRD, hätte selbst bei einem politischen Kurswechsel dort nur ein Erpressungspotential, das gegen Null gehe.

In *Großbritannien* (und auch in *Schweden*) regierten derzeit „Hard Core Neoliberale“. Das könne die von Deutschland forcierte EU-Politik nutzen. Überall (*Griechenland, Spanien, Portugal*) seien Sozialdemokraten abgewählt worden, nachdem sie sich selbst demontiert hatten. Nur in Griechenland sei die Linke dadurch stärker geworden. Weil sie der Verzweiflung eine Stimme gebe. *Frankreich* sei „die Enttäuschung der Saison“. Es habe die historische Chance für ein Gegengewicht gegeben, aber der Fiskalpakt sei nicht neu aufgerollt worden.

Was könne man über die *Gewerkschaften* sagen? (1) Sie haben ihre traditionellen Bündnispartner verloren und sind auf sich gestellt. (2) Sie haben bis zuletzt mit den sozialdemokratischen Regierungen nach Lösungen gesucht. Daher litten sie nun wie diese unter Vertrauensverlust. (3) Danach seien sie von den Konservativen abserviert worden. Ihre institutionelle Macht werde z. Z. massiv zerstört. Insgesamt sei so ein Programm der EU-Kommission umgesetzt worden. Die Arbeitsmärkte seien in Südeuropa sehr viel mehr gespalten als hier.

Zu den *Massenbewegungen seit 2010* sei zu sagen: (1) Die jungen Menschen auf der Straße kannten die Gewerkschaften nur als Verbündete der Regierung. (2) Sie und die Gewerkschaften sind einander fremd. (3) Die Gewerkschaften müssen also Neuland betreten, aber das dauert. (4) Die Protestbewegungen sind bewegend aber politisch ohnmächtig. (5) Zugleich findet inzwischen nur noch 1/3 der Bevölkerung (Spanien) die konservative Regierung gut.

Der Effekt ist, dass alle nach Deutschland gucken. Das bedeute für linke Politik hier: (1) Solidarität im eigenen Interesse, weil das Pendel zurückschlagen wird; (2) Druck in Richtung auf einen Kurswechsel in der EU aufbauen und (3) Druck für eine Umverteilung von oben nach unten in Deutschland selbst verstärken.

Die Inputgeber für die drei AGs geben noch kurze ergänzende Erläuterungen zur Arbeitsgruppenphase. Dazu noch wenige Stichpunkte. Die Diskussion in den Arbeitsgruppen wird gesondert dokumentiert (siehe Tagungsreader):

Ricard Bellara i Kirchhoff bestätigt in Bezug auf Spanien die Einschätzungen von Steffen Lehndorff. Prof. Dr. **Leo Šešerko** ergänzt, dass es in Slowenien nur

noch 30% Zustimmung für die herrschende Politik gebe. Auf der Linken gebe es keine politische Kraft. Was als Linke auftrete sei rechtssozialdemokratisch ausgerichtet. Reformen bestünden in der Abschaffung von Rechten. Die Politiker würden dabei immer aggressiver.

Bernard Schmidt berichtet aus Frankreich, dass die Regierung Hollande z. Z. noch bei etwa 1/3 der Bevölkerung Zustimmung finde. Seit den 1980er Jahren gelte: rechte Regierungen betreiben massive sozialpolitische Rückschritte. Linke Regierungen setzen das nicht fort, steuern aber auch nicht gegen. Das sei nun erstmals aufgebrochen worden. Abgesehen von der „Reichensteuer“ gebe es Beschlüsse in der Kontinuität von Sarkozy zur Entlastung der Unternehmen. Die Gewerkschaften verstünden sich als nichtinstitutionalisierte Gegenmacht, würden aber seit 2008 über eine Bindung der Tariffähigkeit an die Ergebnisse der Betriebsratswahlen stärker eingebunden.

4. Vorträge, Statements und Podiumsdiskussion des zweiten Tages

Walter Baier berichtet in seinem Vortrag „**Chancen für eine Mobilisierung für ein soziales und demokratisches Europa**“ über eine Initiative von „transform Europe“, einem Zusammenschluss von 27 linken Forschungs- und Bildungseinrichtungen, 2001 gegründet von der RLS. Als Hauptaufgabe sieht man an, einen gemeinsamen europäischen Raum der Linken herzustellen. Ein Schritt dazu: der Alternativgipfel der Europäischen Bevölkerung in Athen am 9. und 10. 06 2013 (siehe den Aufruf „Alter Summit“)

Am Beginn des Vortrags steht einmal mehr die ernüchternde Bestandsaufnahme der Ergebnisse der neoliberalen Austeritätspolitik: Die Tendenzen des neoliberalen Rollbacks der letzten dreißig Jahre würden verschärft. Wir werden Zeugen einer dramatischen Transformation Europas, das dann wenig mit dem Europa der 1060er und 1970er Jahre zu tun hat. In einem Europa unter deutscher Hegemonie vertieften sich Unterschiede/Spaltungen zwischen Zentrum-, Ost- und Südeuropa (Beispiel Slowakei: Durchschnittslohn unter dem der EU, in Bratislava aber über dem von Wien). Freiheitsspielräume würden durch Sozialabbau verringert, der sozialstaatliche Klassenkompromiss werde aufgekündigt. Damit gehe es in Europa um Demokratie, Freiheit, Sicherheit.

Spreche man von Widerstand, werde gewöhnlich auf Occupy Bezug genommen, weniger auf gewerkschaftliche Widerstände. Hier habe es aber Streiks und Generalstreiks in fast allen südeuropäischen Staaten gegeben (25 Aufrufe, davon allein 10 in Griechenland) Aber: das verändere nichts an den Grundlinien der europäischen Entscheidungen.

Es gehe heute um eine breite Allianz europäischer sozialer Bewegungen. So wichtig die Sozialforen gewesen seien, um der „TINA“- eine „TAMARA“-Politik gegenüberzustellen – es gelte über die relative Unverbindlichkeit der Debatten hinauszukommen. Der Aufruf zum „Alter Summit“ sei ein Aufruf zu einer

politischen Notstandsgemeinschaft angesichts des Umstands, dass wir uns in Europa in einem Machtkampf befinden, der die Arbeit auf einen Zustand vor dem sozialen Kompromiss der Nachkriegsjahrzehnte zurückdrängen soll. Der Kampf müsse national entwickelt werden, aber dort halt zu machen reiche nicht. Ein Europäischer Rahmen der Auseinandersetzung sei nötig. Zu einer gemeinsamen Perspektive zu kommen, wie ein soziales und demokratisches Europa aussehen solle, sei allerdings nicht einfach angesichts politischer, kultureller und institutioneller Unterschiede sowie der erfolgreich von den Neoliberalen betriebenen Spaltungsprozesse. Aber immer mehr Akteure könnten erkennen, dass aus den Entwicklungen im Süden ein Laboratorium für die neoliberale Zurichtung Europas geschaffen wird. Für den Alternativgipfel werde ein Memorandum zur Lösung des Schuldenproblems, zur Verteidigung und zum Ausbau sozialer Rechte und zu einer Neustrukturierung des Bankensystems ausgearbeitet. Die Tagung selbst werde die Lage sicherlich nicht verändern. Aber sie könne die strategische Ausgangslage für die kommenden Kämpfe verändern.

Prof. Dr. Trevor Evans stellt aus der Perspektive des „EuroMemo“ **„Alternativen zur Austeritätspolitik: Solidarpakt für nachhaltiges Wachstum, Umverteilung, soziale Sicherung, Demokratisierung der Wirtschaft“** vor (s. a. www.euromemo.eu). Gegen die Austeritätspolitik, die die europäische Peripherie im Süden in eine tiefe Depression stürze und angesichts der mit der EZB-Initiative vom Juli 2012 allenfalls erreichten stabilen Fragilität der Finanzmärkte stellt er die Vorschläge/Forderungen des EuroMemo zur Diskussion:

- zur *Lösung der Finanzkrise* u.a. die Trennung von Investment- und Geschäftsbanken, eine strenge Regulation der Finanzmärkte, das Verbot von Derivaten und die Schaffung einer öffentlichen europäischen Ratingagentur,
- eine *europäische Zentralbank*, unabhängig von der Politik, aber auch von den Interessen privater Banken und unter demokratischer Kontrolle,
- zur Bewältigung der ‚*Schuldenkrise*‘ u. a. die Besteuerung der Reichen und die Einführung von Eurobonds,
- eine *koordinierte Fiskalpolitik in der EU* u. a. ohne Schuldenbremse, mit Transfers von reichen in arme Regionen, einer Ausweitung des EU-Budgets auf 5% des BIP der EU sowie eine Beschränkung des Steuerwettbewerbs zwischen den Mitgliedsstaaten,
- eine *Beschäftigungs- und Lohnpolitik*, die u.a. mit Lohnerhöhungen mindestens entsprechend dem Produktivitätsfortschritt die Lohnquote wieder steigen lässt und der hohen Produktivität in Osteuropa lohnpolitisch Rechnung trägt und einer Einführung der 30-Stunden-Woche,
- eine *Unterstützung der Entwicklung der Länder an der europäischen Peripherie* durch ein großes Investitionsprogramm für Südeuropa, das zu ordentlich entlohten Arbeitsplätzen führt,

- eine neue Debatte über Wege zur *Kontrolle der global Player*, über die, anders als in den 1970ern kaum gesprochen werde, die aber bestimmen, wie unsere Welt aussehen wird und heute angesichts großer Kapitalrücklagen z.T. wie Großbanken funktionierten,
- eine *Kritik der sehr aggressiven Handelspolitik der EU* und Unterstützung der Stiglitz-Kommission mit dem Vorschlag für ein Economic Council
- und schließlich in Bezug auf den *Klimawandel*, wo es international keinen Fortschritt gebe und direkte Kontrollen an Stelle von Marktmechanismen benötigt würden, die Forderung, dass die am weitesten entwickelten Länder die ersten Schritte unternehmen müssten.

Annelie Buntenbach und Hans-Jürgen Urban kamen in ihren Statements zu „**Gewerkschaftliche Perspektiven in der Europapolitik, gewerkschaftliche Gegenwehr**“ zu im wesentlichen übereinstimmenden Einschätzungen:

- Über *Beschlusslage und Alternativvorschläge* könne man nicht klagen. Der Aufruf „Europa neu begründen“ oder der DGB-Vorschlag eines „Marschall-Plans für Europa“ seien gut. Sie zielten in die Richtung, die Trevor Evans eben vorgeschlagen habe. Der DGB wolle, dass die Grundlinien seines Vorschlags weiterentwickelt würden, so dass darüber zusammen mit den anderen Gewerkschaften in Europa Druck entwickelt werden könne. Auch der „Alter Summit“ in Athen sei ja gut, aber damit habe man die Massen noch nicht auf der Straße.
- Mit der *Gegenwehr* sehe es hingegen nicht gut aus. Die Reihe von Generalstreiks im Süden blieben ohne Wirkung, was die Kollegen immer verzweifelter mache; und die Mobilisierung bei uns im Norden bleibe angesichts der Problemlage hinter dem zurück, was wir tun müssten. Dafür gebe es v. a. zwei Gründe: (1) Die segmentierte Krisenbetroffenheit sei ein großes Problem. In den boomenden Branchen und Unternehmen gebe es schlicht keine Krisenerfahrungen. (2) Die Kollegen glaubten nicht, dass Mobilisierung und Widerstand etwas brächten. Man treffe auf so etwas wie ‚entspannter Fatalismus‘.
- Die *gewerkschaftliche Lohnpolitik* werde hinsichtlich ihrer Möglichkeiten überschätzt. Die Profite der Exportindustrien beruhten auf wahnsinnigen Erfolgen auf Drittmärkten, wobei Alleinstellungsmerkmale der deutschen Produkte den Absatz selbst bei Preissteigerungen sicherten und erhöhten. Zudem diskutierten wir so, als könnten wir noch Tarifpolitik machen wie in den 1970er und 1980er Jahren. Aber die Tarifpolitik komme doch in den Betrieben nicht mehr an (schrumpfende Geltungsbereiche, flexible Umsetzung).
- Bei der *gewerkschaftlichen Politik für ein demokratisches und soziales Europa* sei man in einer Bringschuld, was die Mobilisierung für die Beschlusslage anbelange. In der Vergangenheit habe es ja Beispiele für gelungene Mobilisierungen gegeben (z. B. Dienstleistungsrichtlinie). Da müsse man versuchen neu anzusetzen. Aber auch der Kampf gegen Prekarisierung von Arbeit hier und der Kampf um wachsende

organisationspolitische Stärke der Gewerkschaften hier seien wichtig und nicht ohne Erfolge.

Diskussion:

Die anschließende Plenumsdiskussion war relativ kurz, was auf viel Zustimmung zu den Vorträgen und Statements verweist. Im Folgenden werden Statements zu vier Themenblöcken zusammen gefasst:

Zur *Bündnispolitik*: Es gebe einen Widerspruch zwischen der intellektuellen Debatte und dem, was wir als Gewerkschaften in den Betrieben herstellen können. Ver.di versuche durchaus Nähe zu SPD, Linken und Grünen herzustellen. Ein größeres Problem sei der Bezug zu sozialen Bewegungen, weil die vor Ort oft nicht präsent seien. Alles was zu Bündnissen und zur politischen Positionierung der Gewerkschaften gesagt worden sei, sei ja richtig, aber man könne nicht davon absehen, wie Cross-Over-Prozesse zwischen SPD-Grünen-Linken entwickelt werden könnten. Bei dem Alternativ-Gipfel in Athen gebe es ein breites Bündnis von Gewerkschaften (u.a. aus Italien, Frankreich auch Deutschland (GEW) und Organisationen wie Attac, Greenpeace, der Liga für Menschenrechte etc). Auch der EGB positioniere sich im Prinzip positiv, aber noch nicht ganz eindeutig.

Zur *Tarifpolitik*: Was H. J. Urban zur Tarifpolitik gesagt habe, sei ja richtig, aber die Gewerkschaften seien auch nicht mehr konfliktbereit genug. Folglich fehle es auch an Konflikterfahrungen. Für ver.di sei wichtig, dass man für die kommende Tarifrunde hohe Lohnforderungen gestellt habe.

Zur *Steuerpolitik und Steuerkonkurrenz* in der EU: Die hoch wettbewerbsfähigen, aber von Steuern befreiten griechischen Reeder seien überhaupt nicht in der Diskussion. Die Frage der Steuerkonkurrenz zwischen den Mitgliedsstaaten sei zentral, wenn es um die Verteidigung des Sozialstaats gehe. Auch werde mit unterschiedlichem Maß gemessen: in Zypern werde Geldwäsche aus Russland angeprangert, Geldwäsche aus Deutschland in Irland hingegen nicht.

Abschlusspodium:

Das Abschlusspodium war in hohem Maße durch die Statements von **Frank Bsirske** geprägt. Der Diskussionsbedarf aus dem Plenum heraus war weitgehend erschöpft. Die Statements von **Leo Seserko** und **Ricard Bellara i Kirchhoff** entsprachen im Wesentlichen ihren Inputs in den Arbeitsgruppen, die noch gesondert dokumentiert werden sollen. Wir beschränken uns deshalb an dieser Stelle auf eine Zusammenfassung der Statements von **Frank Bsirske**:

Wir erleben eine dramatische Verschlechterung der Kräfteverhältnisse. Wir erleben, wie in Südeuropa per Gesetz die Tarifpolitik ausgehebelt wird. Wir werden unserer Verantwortung nicht gerecht. Die Herausforderungen sind fundamental und wir sind in Europa in einem System kommunizierender Röhren.

Die Krise ist aus Sicht vieler die Krise der anderen – und unsere Unkenrufe erweisen sich (noch) als zu pessimistisch. H.-J. Urban hat recht: (1) Viele haben keine Krisenerfahrung und (2) es gibt massive Zweifel an der Wirksamkeitsvermutung gewerkschaftlicher Mobilisierung. Das gilt auch aus der Sicht von ver.di, obwohl dort seit 2004-2006 eine kritische Diskussion zu Europa geführt wurde. Und das gilt für ver.di nachdem wir im Frühjahr 2012 mit österreichischen und schweizer Gewerkschaften einen Dreiländervergleich gegen die Umdeutung der Finanzkrise in eine Schuldenkrise gemacht haben.

Man dürfe aber nicht übersehen, dass einiges auch gut gelaufen sei: Es sei gelungen das gesellschaftliche Klima beim Thema Prekarität zu drehen. Die Reregulierung des Arbeitsmarktes haben wir bis an die Grenze politischen Handelns zu unseren Gunsten gedreht. Das sollte man nicht unterschätzen. Das stehe auf der Habenseite, und das sei dann auch ein Beitrag zur Brechung der Krisenpolitik in Europa, weil es mit dem Grundmuster der Austeritätspolitik nicht vereinbar ist.

Es gab Aktivitäten in der Vergangenheit von der Hafenerichtlinie über die Entsendungsrichtlinie und aktuell mit der Kampagne gegen die Vergaberichtlinie. Und wir haben Anstrengungen unternommen, unser Bild von Europa weiter zu entwickeln. Auch das ist wichtig: Die nordeuropäischen Gewerkschaften wollten bislang so wenig Europa wie möglich, Viele andere hätten in Richtung einer „progressiven Renationalisierung“ argumentiert. Ver.di sagte: Europa ja, aber anders. Und diese Position gewinne an Boden. Es gebe einen Paradigmenwechsel zu mehr Integration, auch wenn Merkel den (nach Davos) politisch anders fülle.

Aber die Gewerkschaften stießen an Grenzen, wo es darum gehen müsste, das Thema in die Betriebe zu tragen. Er thematisiere es auf Betriebs- und Personalversammlungen, aber man dürfe sich nichts vormachen. Z. Z. gelte es verhindern, dass die Merkel-Politik hier populärer wird, in dem Maße wie sie in Südeuropa unpopulär wird.

In der politischen Klasse beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass Maastricht nicht mehr trägt. Integration werde also vorangebracht, aber mit neoliberalen Inhalten gefüllt. Dem könnten die Gewerkschaften nicht durch Verweigerung der Mitarbeit in den entsprechenden Kommissionen entgehen. Es werde Schritte in Richtung auf eine Wirtschaftsregierung geben, und es werde Schritte in Richtung Fiskalpolitik geben. Und ohne solche Schritte gehe es auch nicht weiter. Man werde sich mit diesen Themenfeldern auseinandersetzen müssen.

Einerseits bleibe man da in gewisser Weise gegenüber dem forcierten neoliberalen Inhalt ratlos bei der Frage nach strategischer Orientierung auf dieser Ebene. Andererseits könnten die Gewerkschaften auf Erfolge im Bereich ihrer Handlungsmöglichkeiten im nationalstaatlichen Rahmen verweisen: bei der Reregulierung des Arbeitsmarkts, in Bezug auf das Thema Umverteilung von oben nach unten, bei der Steuergerechtigkeit.